

KARRIEREN

## Kompromiss soll Pofallas Wechsel retten

Eine zeitliche Verschiebung soll den umstrittenen Wechsel des Ex-Kanzleramtschefs Ronald Pofalla (CDU) in den Bahn-Vorstand doch noch möglich machen. Demnach könnte Pofalla seinen neuen Posten erst im kommenden Jahr antreten, also deutlich später als ursprünglich geplant. „Je später er anfängt, desto besser“, heißt es in Bahn-Kreisen. Zudem könnte Pofallas neu einzurichtender Vorstandsposten für Regierungskontakte später mit dem für Compliance und Recht verschmolzen werden. Dieser wird 2017 frei, wenn der Vertrag des aktuellen Vorstands Gerd Becht ausläuft. Vorteil des Kompromisses: Es käme nur für eine rund zweijährige Übergangszeit zu einer Vergrößerung des Vorstands, die im Aufsichtsrat auf erhebliche Gegenwehr gestoßen war. Als denkbar gilt in Koalitionskreisen auch, dass Pofalla seinen neuen Posten zunächst zu entsprechend geringeren Bezügen unterhalb der Vorstandsebene antritt und 2017 dann aufgewertet wird. Bahn-Chef Rüdiger Grube will im März dem Aufsichtsrat der Bahn seine Vorschläge vorstellen.



Pofalla

HC PLAMBECK / LAIF

PARTEISTIFTUNGEN

## Israelische Strafsteuer gegen Kritiker

Die deutschen politischen Stiftungen kritisieren eine Gesetzesvorlage, die ihre Arbeit in Israel und den palästinensischen Gebieten einschränken würde. Das Gesetz sieht vor, Zuwendungen für kritische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit einer Strafsteuer von 45 Prozent zu belegen. Ein entsprechender Entwurf wurde von der ultranationalistischen Partei Jüdisches Heim und der rechten Likud-Beitenu eingebracht und Mitte Dezember vom Gesetzausschuss des Kabinetts gebilligt. „Von dem Gesetz wären alle NGOs betroffen, die die Meinung der national-religiösen Kräfte in Israel

nicht teilen“, sagt Walter Klitz von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung. Gefährlich sei die Vorlage auch, weil sie unbestimmt formuliert sei und „im Vollzug der Willkür Tür und Tor öffnet“. Die deutschen Stiftungen arbeiten vor Ort mit lokalen NGOs zusammen, die sie finanziell unterstützen. Richard Asbeck von der Hans-Seidel-Stiftung (CSU) beklagt, dass zukünftig nur noch „55 Prozent der deutschen Steuergelder bei den von uns unterstützten Organisationen ankommen würden“. Ralf Fücks von der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung kritisiert: „Eine spezielle Strafsteuer für unliebsame

NGOs wäre einer Demokratie nicht würdig.“ Erst im Oktober hatte ein Bericht der ultrarechten israelischen Wächterorganisation „NGO Monitor“ deutschen Stiftungen vorgeworfen, antisemitische NGOs zu unterstützen und zur Dämonisierung Israels beizutragen.



Nationalisten in Israel

RONEN ZVULUN / REUTERS

MINDESTLOHN

## „Unterste Schwelle“

In der Diskussion um die Höhe des künftigen gesetzlichen Mindestlohns kritisieren Gewerkschafter und ostdeutsche Regierungspolitiker die Haltung von Ver.di und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). „Wir müssen nun erst einmal 8,50 Euro Mindestlohn durchsetzen“, sagt Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie. NGG-Chefin Michaela Rosenberger und Ver.di-Chef Frank Bsirske hatten zuvor mittelfristig höhere Lohnuntergrenzen gefordert. Welche Schritte nach der Einführung folgen, „darüber wird danach zu sprechen sein“, sagt hingegen Vassiliadis, „in jedem Fall muss auch für den Mindestlohn die Entwicklung der Tariflöhne maßgeblich sein“. Norbert Bischoff, SPD-Sozialminister in Sachsen-Anhalt, will bei den geplanten 8,50 Euro bleiben: „Ich bin froh, dass es gelungen ist, den Fahrplan zur Einführung eines Mindestlohns für alle Branchen konkret in den Koalitionsvertrag zu schreiben.“ Ebenso weist der neue thüringische Wirtschafts- und Arbeitsminister Uwe Höhn (SPD) die Forderungen von NGG und Ver.di zurück. „Die 8,50 Euro sind als unterste Schwelle gedacht, die künftige Festsetzung bleibt einer Kommission überlassen“, sagt Höhn.